

> Presseinformation

SchaLL.NRW fordert zur TV-L-Runde 2026 „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“: **Einkommenslücke im Lehrerzimmer schließen – Aussetzen der 1:1-Übertragung auf Besoldung**

Essen, 17.01.2026

TV-L 2026: Ein Kollegium – ein Maßstab

Für die anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder fordert SchaLL.NRW ein gleichgestelltes und faires Netto-Entgelt für tarifbeschäftigte und verbeamtete Lehrkräfte nach dem Grundsatz „Ein Kollegium, ein Job, ein Maßstab“. Die bisherige Praxis, Tarifergebnisse automatisch 1:1 auf die Beamtenbesoldung zu übertragen, zementiert die Ungleichheit und vergrößert die Einkommensschere von Runde zu Runde.

Wie lange wollen sich die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) als Arbeitgeberinnen und die Gewerkschaften dbb beamtenbund und tarifunion, GEW sowie ver.di dem Grundsatz nach einem gleichgestelltem Netto-Entgelt beider Statusgruppen verweigern?

Ungerechte Zwei-Klassen-Gesellschaft im Lehrerzimmer

Obwohl angestellte und verbeamtete Lehrkräfte die gleiche Ausbildung absolvieren und täglich die gleiche Arbeit in Unterricht, Bildung und Erziehung leisten, klappt eine erhebliche Einkommenslücke von aktuell monatlich bis zu ca. 1.000 Euro. Über ein Erwerbsleben hinweg kann sich die **Schlechterstellung angestellter Lehrkräfte** – inklusive des ausschließlich Beamt:innen gewährten Familienzuschlags – zwischen ca. **500.000 Euro bis ca. 1.000.000 Euro netto** summieren.

SchaLL.NRW bezeichnet diesen Zustand als verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar und sozialpolitisch untragbar – dabei handelt sich um eine Frage der Gerechtigkeit und nicht um Neid oder Missgunst.

Die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer NRW (SchaLL.NRW) fordert zur laufenden TV-L-Runde 2026 ein Ende der massiven Einkommensungleichheit zwischen tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften und ruft die Tarifparteien auf, die Netto-Lohndiskriminierung endlich zu beenden. Grundlage ist der Verfassungsgrundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, der für rund 351.600 angestellte Lehrkräfte in Deutschland bis heute nicht eingelöst wird.

> Presseinformation

Konkrete Forderungen von SchaLL.NRW

SchaLL.NRW erhebt zur TV-L Runde 2026 folgende Forderungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte:

- Erhöhung des Bruttolohns um 33%, mindestens jedoch 1.600 Euro monatlich, für alle 351.600 angestellten Lehrkräfte in Deutschland
- Einführung des Familienzuschlags (früher: Ortszuschlag) auch für angestellte Lehrkräfte, denen dieser bislang vollständig vorenthalten wird
- Erhöhung des Bruttolohns um 33%, mindestens jedoch 1.200 Euro monatlich, für MPT-Kräfte
- Aussetzen der 1:1 Übertragung der Tarifergebnisse auf die Besoldung solange, bis die Nettolohn-Diskriminierung vollständig beendet ist

SchaLL.NRW fordert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) als Arbeitgeberseite sowie die Gewerkschaften dbb beamtenbund und tarifunion, GEW sowie ver.di auf, sich in den Verhandlungen klar zum Ziel eines gleichgestellten Netto-Entgelts für beide Statusgruppen zu bekennen.

Solidarität statt Sonderopfer

Seit Jahrzehnten tragen angestellte Lehrkräfte ein milliardenschweres Sonderopfer, während verbeamtete Kolleg:innen 1:1 von den erkämpften Tarifergebnissen profitieren. SchaLL.NRW erinnert daran, dass Solidarität im öffentlichen Dienst keine Einbahnstraße sein darf und dass finanzielle Spielräume zuerst denjenigen zugutekommen müssen, die am weitesten zurückliegen. Erst wenn die Nettolohndifferenz für alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte bundesweit beendet ist, können Angestellte und Beamt:innen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entgelte streiten, ohne die bestehende Ungerechtigkeit weiter zu vergrößern.

Der Lehrkräfteverband SchaLL.NRW setzt sich seit 25 Jahren für „Gleichen (Netto-) Lohn für gleiche Arbeit“ der inzwischen mehr als 350.000 angestellten Lehrkräfte in Deutschland ein.

gez. Stefan Nierfeld

Vorsitzender des Vorstands

Kontakt 0177 8085454

E-Mail: stefan.nierfeld@schall-nrw.de